

SPD



Frankfurt am Main

Die Linke
Mitte

Kreis Freundes

Ausgabe 16

Mai 2012



Bolongaropalast - schwarz-grüne Bürgerbeteiligung heißt planen für den Papierkorb

von Roger Podstatny



Die Grün-CDU geführte Stadtregierung hat sich beim Bolongaropalast endgültig vom Konzept der Bürger verabschiedet. Es ist zu befürchten, dass von dem Konzept der Bürger kaum noch etwas übrig bleibt. Die Oberbürgermeisterin Petra Roth hatte Mitte März 2011, nach den vier Planungswerkstätten des Jahres 2010, die Kosten-

schätzung von 37,6 Millionen Euro für die Neukonzeption und die Sanierung des Bolongaropalastes öffentlich präsentiert und Ergebnis und Bürgerbeteiligung noch als vorbildlich gelobt. Im Vortrag des Magistrats M 215 vom 18.11.2011 war nur noch von insgesamt 24,5 Mio. € die Rede. In der Haushaltspressekonferenz wurden Kürzungen beim Bolongaropalast in Höhe von 10 Millionen Euro angekündigt, was immerhin noch rund 27 Millionen Budget bedeutet hätte. Zu diesem Zeitpunkt sollte auch das Stadthaus am Dom für rund 21 Millionen Euro gestrichen werden.

Beim 11. Höchster Stadt-Gespräch „Der Westen wieder abgehängt ... Wie geht es weiter mit dem Bolongaropalast?“ am 22.04.2012 haben sich Bürger und Bürgerinnen sowie die Initiative „Hauptsache Kultur - Bolongaropalast mit Perspektiven“ deutlich zu Wort gemeldet und für ihre Positionen

gestritten. Als „Belohnung“ für dieses Engagement wurden die Kürzungen auf 12 Millionen Euro gesteigert. Außerdem überzogen schwarz-grüne Politiker die Höchster mit Hohn und Spott. Der CDU-Fraktionsvorsitzende sprach von „Wünsch Dir was“ und der grüne Politiker Popp sagte im Ausschuss: „der Bürger hat einen Rolls Royce bestellt und bekommt einen Opel geliefert“. So kann man nicht mit Bürgern umgehen!

Inhalt

Bolongaropalast - schwarz-grüne Bürgerbeteiligung für den Papierkorb	Seite 1
Warnstreik beim CeBeeF	Seite 2
Magistrat muss widersprüchliche Darstellungen zum Mietspiegel 2012 aufklären	Seite 2
Haushaltsbeschlüsse der schwarz-grünen Koalition	Seite 3
SPD durch Sieg bei der OB-Wahl wieder vorn!	Seite 3
Personalvorschläge	Seite 4



Als bekannt wurde, dass das Stadthaus nun doch gebaut werden soll, fühlten sich die Bürger im Westen zu Recht von der regierenden schwarz-grünen Koalition abgehängt. CDU und Grüne müssen sich bei so einem Verhalten nicht über Politikverdrossenheit wundern. Dies ist ein Beispiel, wie man es nicht machen soll.

Warnstreik beim CeBeeF

SPD-Fraktion erklärt sich solidarisch mit den Beschäftigten



von Ursula Busch

Die Beschäftigten des Clubs Behinderter und ihrer Freunde sind im Arbeitskampf, um die Einführung eines Tarifvertrags zur Anwendung des TVöD durchzusetzen.

„Bestimmt fällt es den Mitarbeitern des CeBeeF nicht leicht, mit ihrem Streik auch die Klienten zu belasten, deren Wohlergehen Ziel ihrer alltäglichen Bemühungen ist“, so Ursula Busch. „Dass die Beschäftigten sich trotzdem für Warnstreiks entschieden haben, zeigt den Ernst der Lage.“

War noch im Dezember 2011 eine Einigung zwischen den Verhandlungsführern in Sachen Tarifvertrag erzielt worden, lehnen die Geschäftsführung und der Vorstand eine Unterzeichnung des Tarifvertrags bislang jedoch ab und ließen die Erklärungsfrist zum 31. März verstreichen. Der Vorstand des CeBeeF begründet sein Vorgehen damit, dass eine Re-finanzierung des Tarifvertrags nicht gewährleistet sei. Das widerspricht Angaben, die Sozialdezernentin Prof. Dr. Daniela Birkenfeld im Sozial- und Gesundheitsausschuss gegenüber den Stadtverordneten gemacht hat.

Die Stadt Frankfurt hat sich mehrfach verpflichtet, nach Tarif zu bezahlen. Auch die städtischen Auftragnehmer sollten sich dazu verpflichten, so die Auffassung der SPD-Fraktion im Römer. Die 530 Beschäftigten des CeBeeF, die im Bereich der Assistenz, Pflege, der Schulbegleitung und im Fahrdienst für Menschen mit Behinderung tätig sind, haben eine faire Bezahlung verdient, meint Ursula Busch. Wenn die Löhne wie beanstandet zum Teil bis zu 40 % unter dem Tarifvertrag des öffentlichen Dienstes lägen, dann bestehe hier dringender Handlungsbedarf.

Die Entlohnung von Mitarbeitern weit unter Tarif führe – neben der Gefahr wachsender Demotivation und Fachkräftemangel - oft zu einer Abhängigkeit der Beschäftigten von Transferleistungen, welche die Stadt ebenfalls finanziell belasteten. Wer fachlich qualifizierte, gute Arbeit leiste, müsse auch entsprechend bezahlt

werden. Und selbstverständlich muss dann auch die Stadt Frankfurt ihren Teil zur Refinanzierung von Tariflöhnen bei städtischen Auftragnehmern beitragen, so die Stadtverordnete abschließend.

Magistrat muss widersprüchliche Darstellungen zum Mietspiegel 2012 aufklären

von Sieghard Pawlik

Die jetzt bekannt gewordenen, außerordentlich widersprüchlichen Darstellungen zur Einführung der Innenstadtzonen 1 und 2 mit ihren extremen Zuschlägen von 1,87 € und 1,24 € je Quadratmeter Wohnfläche machen eine kurzfristige Klärung durch den Magistrat zwingend erforderlich, so Sieghard Pawlik, wohnungspolitischer Sprecher der SPD-Fraktion.

Es sei extrem widersprüchlich, wenn in der Dokumentation zur Erstellung des Mietspiegels dargestellt werde, dass der Gutachterausschuss und das Wohnungsamt der Stadt Frankfurt eng am Zustandekommen der beiden neuen Zuschlagsbereiche für die Innenstadt und die innenstadtnahen Stadtteile mitgewirkt haben, und jetzt Vertreter beider Institutionen öffentlich bestätigten, dass die umstrittenen Lagezuschläge „entgegen den Empfehlungen des städtischen Gutachterausschusses für Immobilienwerte“ durchgesetzt worden seien.

Pawlik fordert die zuständige Dezernentin auf, spätestens in der nächsten Sitzung des Sozialausschusses umfassend Stellung zu nehmen. Die dramatischen Auswirkungen des durch den Mietspiegel 2010 ausgelösten Mieterhöhungs- und Verdrängungsdrucks erforderten eine rasche Klärung mit entsprechenden Konsequenzen. Erhöhungen der ortsüblichen Vergleichsmiete um bis zu 50 Prozent gegenüber dem vorhergehenden Mietspiegel wirkten mietpreistreibend und erzeugten hohen Verdrängungsdruck. Die SPD spreche sich zudem dafür aus, in die Prüfung auch das Zustandekommen weiterer drastischer Änderungen des Mietspiegels 2010 wie die Abschaffung früher differenzierter Wohnlagenausweisungen in mehreren Stadtteilen, die ebenfalls sprunghaften Anhebungen um 1,70 € je Quadratmeter Wohnfläche für mehr als 19.000 Wohnungen der Baujahre 1985 bis 1994, die Berücksichtigung verkehrsreicher Straßen und die neuen, teils

erheblichen wohnungsbezogenen Zuschläge einzubeziehen.

Als grundsätzlich fragwürdig kritisiert der SPD-Politiker zudem, dass in den Mietspiegel Bodenwertrichtwerte und Immobilienkaufpreise eingeflossen seien. Damit führten spekulative Immobilienkäufe zu Mietpreissteigerungen in den betroffenen Stadtgebieten, dies sei so nicht hinnehmbar, protestiert Pawlik.

Der Berg kreite und gebar ein Muslein

Haushalt der schwarz-grünen Koalition



von Klaus Oesterling

Als "absolut unzureichend und Beispiel von Entschlusslosigkeit" hat der SPD-Fraktionsvorsitzende, Klaus Oesterling, die Beschlüsse der schwarz-grünen Koalition zur Haushaltssanierung bezeichnet.

„Obwohl die Finanzlage der Stadt immer prekärer wird, hat die Kraft gefehlt, die Gewerbesteuer wieder auf den bewährten Wallmann-Satz von 490 Punkten anzuheben“. Ohne eine solche Anhebung sei jedoch die Sanierung des Haushaltes illusorisch. Positiv gesehen werde von der SPD die Absicht, eine Bettensteuer einzuführen. Unverständlich sei jedoch, dass die Koalition sich immer noch nicht auf eine konkrete Ausgestaltung der Steuer habe einigen können. Die SPD habe dazu bereits einen konkreten Vorschlag gemacht. „Angesichts der Tatsache, dass die Diskussion über den Haushalt in der Koalition nun schon mehr als ein dreiviertel Jahr andauert, ist das nun vorgelegte Ergebnis enttäuschend“.

Als Verlierer der koalitionsinternen Debatten sieht die SPD den Stadtkämmerer Uwe Becker. Becker befürworte nun einen Haushalt, der sich in der vorgelegten Form als nicht genehmigungsfähig erweisen werde. Besonders peinlich für Becker sei, dass die Vorschläge der von ihm selbst geleiteten Haushaltskommission von der Koalition in weiten Teilen in den Papierkorb befördert worden seien. So sei die von Becker befürwortete Absenkung des Versorgungsgrades bei der Kinderbetreuung ebenso verworfen worden wie dessen Vorschlag

zur Verschiebung des Baus des sogenannten Stadthauses. Die vom Kmmerer vorgeschlagene Verschiebung der U5-Verlängerung sei nach erneutem Nachdenken zurückgenommen worden.

Stattdessen habe die Koalition Einsparungen im Personalhaushalt vorgeschlagen, die über die bisherigen Absichten des Kmmerers hinausgingen, aber voraussichtlich in der beabsichtigten Höhe technisch gar nicht umsetzbar seien. „Nach dem Genehmigungserlass des Innenministers im Herbst wird die Koalition nachsitzen müssen“, sagte Oesterling dazu abschließend. „Aber die Stadt verliert durch die aufgeschobene Gewerbesteuererhhung weiter Tag für Tag Geld.“

SPD durch Sieg bei der OB Wahl wieder vorn!

von Hubert Schmitt

Peter Feldmann ist der neue Oberbürgermeister von Frankfurt. Er hat geschafft, was keiner von uns und auch sonst niemand sich zu Beginn des Wahlkampfes wirklich hat vorstellen können. Er ist mit einer klaren Mehrheit zum Oberbürgermeister von Frankfurt gewählt worden.

Die Menschen in Frankfurt haben ihm ihr Vertrauen geschenkt vor allen anderen Mitbewerbern. Das ist ein sehr großer Erfolg für ihn persönlich, aber auch für die SPD in Frankfurt. Wir können aus dieser Wahl lernen, dass den Bürgern und Bürgerinnen soziale Gerechtigkeit ein wichtiges Thema ist. Es muss aber glaubwürdig vertreten werden. Und die Bürger wollen ernst genommen werden. Peter hat hingehört und zugesagt, sich um ihre Belange ernsthaft zu kümmern. Das hat man ihm geglaubt, nicht aber seinem größten Kontrahenten Boris Rhein.

Peter ist für den Erhalt öffentlich geförderter Wohnungen und für deren Ausbau eingetreten. Er war klar für ein Nachtflugverbot von 22-6 Uhr und er ist zu den Betroffenen hingegangen und hat ihre Anliegen ernst genommen und so Vertrauen gewonnen.

Boris Rhein stand für den Verkauf öffentlich geförderter Wohnungen. Er war unglaublich wegen seiner Haltung zum Flughafenausbau und zum Fluglärm. Und er und die CDU haben geglaubt, es reicht, wenn Petra Roth ihn als ihren

Nachfolger bestimmt. Doch das war ein großer Irrtum. Die Bürgerinnen und Bürger wollten selbst entscheiden, wer der Richtige ist, und das haben sie auch getan.

Mit der Wahl von Peter zum OB ist die SPD in Frankfurt wieder an die Macht zurück gekehrt. Das Gesicht der Stadt ist ab jetzt er. Das ist gut für Frankfurt, gut für Peter, aber natürlich auch gut für uns, denn die Bedeutung der SPD hat mit Peters Sieg in Frankfurt über Nacht schlagartig zugenommen. Was Peter sagt, hat nun ganz erhebliches Gewicht. Damit fließen aber auch automatisch sozialdemokratische Ideen in der Entscheidungsfindung im Römer ein. Was in Frankfurt geschieht, erhält durch Peters Einfluss sozialdemokratische Prägung. Es wird spannend sein zu sehen, wo das hinführen wird.

Im Wahlkampf haben wir gezeigt, dass die SPD in Frankfurt gut ist, dass wir gute Leute haben, die Menschen überzeugen und Wahlen gewinnen können, wenn wir geschlossen auftreten und

kämpfen und die richtigen Themen überzeugend vertreten. Wenn wir so weiter machen, dann können wir sehr positiv den Herausforderungen der kommenden Jahre entgegen sehen.

Impressum:

Die Zeitung „Die Linke Mitte – Freundeskreis“ erscheint nach Bedarf. Abdruck - auch auszugsweise - nur mit schriftlicher Genehmigung des Herausgebers. Die redaktionellen Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers wieder.

Herausgeber, Verantwortlich für den Inhalt:

Freundeskreis, c/o. Roger Podstatny, Karl-Blum-Allee 14, 65929 Frankfurt

Redaktion: Roger Podstatny, Ursula Busch

Autoren: Mitglieder des Freundeskreises

Gedruckt durch Eigenvervielfältigung

Der Freundeskreis empfiehlt die Unterstützung folgender Kandidatinnen und Kandidaten beim Jahresparteitag der Frankfurter SPD am 12. Mai 2012:

Bezirksbeirat: Ursula Busch, Roger Podstatny	Delegierte Bundesparteitag: Gregor Amann, Roger Podstatny
Antragsprüfungskommission: Gregor Amann, Hans Busch, Ursula Busch, Eugen Emmerling, Susanne Kassold, Jan Klingelhöfer, Klaus Oesterling, Roger Podstatny, Birgit Puttendorfer, Petra Rossbrey, Anneliese Scheurich, Hubert Schmitt	Delegierte Bezirks- und Landesparteitag: Gregor Amann, Ursula Busch, Rudi Baumgärtner Eugen Emmerling, Klaus Oesterling, Michael Paris, Sieghard Pawlik Roger Podstatny, Anneliese Scheurich, Hubert Schmitt,
Präsidium: Roger Podstatny	